

2016-06-01

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 22.03.2016

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:35 Uhr
Sitzungsort: Raum 226, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion der SPD

Tschammer, Hans

Vertreter: Robert Hartmann

Fraktion der AfD

Benckenstein, Silke

entschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der **Vorsitzende des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, Ralf Schönemann**, stellte vor Eröffnung der Sitzung fest, dass für Sitzungen mit vielen Gästen geeignete Räume gebraucht werden. Es sei daher unabdingbar, dass intern zu beraten ist, wo für die nächsten „größeren“ Sitzungen geeignete Räumlichkeiten verfügbar sind.

Herr Schönemann eröffnete um 16:30 Uhr die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es waren acht Stadtverordnete anwesend.

Die Anwesenheitsliste liegt als Anlage 1 bei.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, stellte die vorliegende Tagesordnung zur Diskussion und zur Abstimmung. Es gab keine Änderungsanträge.

Die Tagesordnung wurde ungeändert bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.02.2016

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, stellte das Protokoll vom 16.02.2016 zur Diskussion und Abstimmung. Es gab keine Hinweise und Ergänzungen.

Das Protokoll vom 16.02.2016 wurde ungeändert bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 1

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte, dass es keine Beschlüsse in nichtöffentlicher Sitzung im vorherigen Bauausschuss gegeben hat.

5 Einwohnerfragestunde

Es gab keine Anfragen.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

**6.1 Wilde Mulde
Vorlage: IV/014/2016/III-83**

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, stellte **Herrn Schrenner** vom Projektträger „**World Wide Fund For Nature**“ (**WWF**) vor und bat ihn, das Projekt vorzustellen. **Herr Schönemann** bat Herrn Schrenner, immer den Aspekt der Hochwasser-

gefährdet zu berücksichtigen. **Herr Schrenner** bekräftigte im Vortrag, dass es klare Abbruchkriterien für das Gesamtprojekt gebe, nämlich dann, wenn die Genehmigungsfähigkeit nicht hergestellt werden könne. Die Genehmigungsunterlagen seien in Arbeit und werden der Genehmigungsbehörde zur Verfügung gestellt. Für die Genehmigung sei der Nachweis der Hochwasserneutralität die Grundlage. Diese wird durch eine Einberechnung der Maßnahmen in die Modellierung der Mulde des Landesbetriebes für Hochwasserschutz erreicht, dort dürfe es keinerlei Beeinträchtigungen geben. Mit der Information, dass es für die betroffenen Ortsteile innerhalb des Genehmigungsprozesses ein freiwilliges Anhörungsverfahren geben werde, schloss **Herr Schrenner** seinen Vortrag ab.

Der Vortrag liegt dem Protokoll als Anlage 2 bei.

Nach Beendigung der Vorstellung der Inhalte der Vorlage standen **Herr Schrenner und Herr Rast, Leiter des Projektes**, für Fragen zur Verfügung. **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, fragte an, ob bereits ein Gespräch mit dem Ortschaftsrat Waldersee erfolgt sei. Außerdem fragte er an, wie lange und in welchen Zeiträumen es die angekündigten nachfolgenden Beobachtungen gebe und wann dafür Ergebnisse vorlägen. **Herr Schrenner vom WWF** erwiderte, dass das Gespräch mit dem Ortschaftsrat Waldersee in der nächsten Sitzung am 29.03.2016 erfolge. Zur zweiten Anfrage erwiderte er, dass das Projekt 5 Jahre läuft. Es werde dann einen Abschlussbericht geben und es ist geplant, die Erkenntnisse auf vergleichbare Flüsse zu übertragen.

Herr Gebhardt, Fraktion der CDU, bemängelte, dass im Vortrag nicht mit erwähnt wurde, dass dieses Projekt zunächst auf eine komplette Ablehnung der Ortschaftsräte (Kleutsch, Waldersee, Mildensee, Sollnitz) gestoßen ist. Er verstehe nicht, dass man in die Mulde eingreifen wolle, die bereits seit Jahrzehnten „wild“ sei. **Herr Rast, Projektleiter beim WWF**, antwortete, dass man die beabsichtigten Erkenntnisse für das Projekt nur gewinnen könne, wenn die Raubbäume verankert werden und die Einflüsse auf natürliche Flussufer beobachtet werden. Die Forschung benötige bestimmte Rahmenbedingungen, die hier gegeben sein. **Stadtrat Otto, Fraktion Pro Dessau**, äußerte ergänzend, dass durch die feste Verankerung ein Hindernis geschaffen werde, was bei Hochwasser nicht verschwindet. Dies kann zu Rückstau und Abfließhindernissen führen. **Projektleiter Rast, WWF**, nahm hierauf Stellung und bezog sich dabei auf ein Modell der Mulde auf dem Hochwasserschutz. Anhand dieses Modells könne vorausgeschaut werden, welche Einflüsse diese Maßnahmen auf das Hochwasser haben. Die hier vorgestellten Auswirkungen seien hochwasserneutral. **Herr Schönmann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, erläuterte, dass das Projekt positiv auf Dessau-Roßlau als Maßstab für die europäische Entwicklung wirke und eine Chance für den Bereich Wissenschaft und Forschung darstelle. Es könne sich sogar in Zusammenarbeit mit dem Bundesumweltamt ein Kompetenzzentrum für Flusslandschaften entwickeln. Er bat deswegen die Ausschussmitglieder um die konkrete Darlegung der Probleme, welche es augenscheinlich bei einigen Ortschaftsräten gibt und um Übergabe der bisher vorhandenen Stellungnahmen der Ortschaftsräte. **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, wies nochmals darauf hin, dass die Ängste derjenigen bezüglich des Hochwassers ernst genommen werden sollten und geprüft werden müssen. **Herr Rast, WWF**, verwies nochmals auf das seit 2014 vorliegende detaillierte Modell der gesamten Mulde. Die jetzt geplanten Maßnahmen werden in dieses Modell eingearbeitet und dann für verschiedene Hochwasserszenarien die Auswirkungen berechnet. Nach Erhalt aller erforderlichen Genehmigungen und dem Einbau der Raubbäume erfolgt in diesem Modell nochmals zur Sicherheit eine Berechnung nach den realen Bedingungen.

Herr Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, stellte die Frage, was genau untersucht werde. **Herr Rast, WWF**, antwortet, es handele sich um eine hydraulische Untersuchung sowie eine biologische Untersuchung des Besiedlungsverhaltens für die Naturschutzforschung.

Herr Schwabe, Fraktion der CDU, bat nochmals alle Bedenken ernst zu nehmen, die Bürger fühlten sich in diesem Punkt allein gelassen. **Herr Unger, Amt für Umwelt und Naturschutz**, informierte, dass das Angebot unterbreitet wurde, nochmals in die Ortschaftsräte zu gehen mit den Ergebnissen der Hochwassermodellierung und den Experten, die fachmännisch die Ausmaße erläutern. Auch könne er das Angebot erneuern, nach Genehmigung die Ergebnisse vorzustellen.

Herr Schönemann übergab das Wort an **Herrn Ehm in seiner Funktion als Ortsbürgermeister Waldersee**. **Herr Ehm** gibt eine Zusammenfassung der Aktivitäten im Ort, der grundlegenden Bedenken des Beirates und Gründe für die Ablehnung der vorgesehenen Maßnahme, vor allem, da es keine rechtskräftige Zusicherung der Hochwasserneutralität gebe. **Herr Ehm** stellte auch die zentralen Forderungen der Ortschaftsbeiräte dar: die rechtssichere Feststellung der Hochwasserneutralität vor Genehmigung, die Anwesenheitsmöglichkeit bei der Simulation der Hochwasserereignisse sowie die Beachtung des Naturschutzrechtes beim dem Einsatz der Technik bei der Abtragung der Schotterufer. **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, erklärte, dass seine Fraktion den letzten Punkt auch ablehne. **Herr Unger** erklärt, dass hier auch eine intensive Untersuchung des Eingriffs stattfinde. Außerdem gab **Herr Ehm** zu bedenken, dass die Beseitigung der in der Mulde vorhandenen hohen Beta-HCH-Gifte wichtiger sei. **Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, informierte, dass bezüglich Beta-HCH-Gifte bereits umfangreiche Untersuchungen und Lösungswege gesucht wurden. Die einzige Lösung wäre an der Quelle zu suchen, die Sanierung des Spittelwassers in Bitterfeld sei aber sehr teuer.

Die Stellungnahme von Herrn Ehm liegt als Anlage 3 bei.

Herr Schönemann bedankt sich für die Ausführungen. Das Gefahrenpotenzial müsse mit dem Vorliegen der Genehmigungsplanung final abgeschätzt und vermittelt werden.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.2 Beteiligung der Stadt Dessau-Roßlau am Förderprogramm "Kommunen innovativ" **Vorlage: IV/006/2016/III-83**

Es gab keine Hinweise oder Anmerkungen.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.3 Prüfauftrag aus der Haushaltsdiskussion 2015: **"Inwieweit können die Erträge aus der Waldbewirtschaftung gesteigert werden."** **Vorlage: IV/004/2016/III-66**

Herr Siebert, Tiefbauamt, erläuterte anschaulich die 6 Punkte der Vorlage. **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, gab den Hinweis, dass der Polder an der Kienheide immer kleiner wird. Er machte den Vorschlag, Schilder am Polder anzubringen, der die Stadt als Eigentü-

mer ausweist und an wen man sich im Falle des Kaufes hinwenden solle. Normalweise befindet sich an jedem Polder so ein Hinweisschild, so **Herr Siebert**. Er wird den Sachverhalt prüfen.

Es gab keine weiteren Anmerkungen.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.4 Informationen des Dezernates für Stadtentwicklung und Umwelt

Ersatzneubau Muldebrücke BW 11

Frau Jung, Tiefbauamt, gab den aktuellen Baustand der Maßnahme bekannt. An der Behelfsbrücke sind die sogenannten „Absetzer“ unter ständiger Kontrolle, Vorbereitungen zur Ausbesserung laufen. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr, und Umwelt**, bemerkte, dass es einen neuen Ablaufplan, wo alle inzwischen aufgetretenen Korrekturen eingearbeitet sind, gebe und bittet um die Zuarbeit bis zur nächsten Sitzung.

Planfeststellungsverfahren Ostrandstraße

Herr Meister teilte mit, dass er seit 14.03.2016 durch den Oberbürgermeister erneut zu 100 Prozent für das Vorhaben freigestellt ist und die Arbeit an der Planfeststellung wieder aufgenommen hat. Allerdings müsse er die Arbeit unterbrechen, wenn seine Vertretung im Bauordnungsamt fehle. In diesem Fall sei er weiterhin als Amtsleiter tätig und übernehme für diese Zeit die Aufgaben des Bauordnungsamtes wieder voll. Dies sei zum ersten Mal in den nächsten 14 Tagen der Fall, danach widme er sich dann wieder voll dem Projekt Ostrandstraße. Die Fachämter seien bereits alle eingebunden, um den in der Vergangenheit angearbeiteten Beschlussentwurf zu aktualisieren, zu überprüfen und zu ergänzen. Parallel wird an den Protokollen der Erörterungstermine gearbeitet. Er habe sich zum Ziel gesetzt, zur Mitte des Jahres einen Sachstand mit der Übersicht der Arbeit sowie Knackpunkte vorzustellen. Die Vorlage soll zum Jahresende 2016 zur Beschlussfassung vorliegen. Schwierigkeiten und Verzögerungen könne es bei der Komplexität des Vorhabens aber geben, z.B. sei es wichtig, dass die Lieferungen von Zuarbeiten pünktlich eintreffen. Mit dem Hinweis, dass der vorläufige Rahmenterminplan mit dem Beschluss zur letzten Sitzung des Stadtrates am 07.12.2016 ende, schließt **Herr Meister** seinen Vortrag.

Herr Schönemann kündigte an, die Entwicklung im Projekt Ostrandstraße im Ausschuss mit möglichst viel Transparenz kritisch zu begleiten.

Ersatzneubau Südschwimmhalle

Herr Bekierz, Amtsleiter Zentrales Gebäudemanagement, gab bekannt, dass die Stadt das Schreiben zum vorzeitigen Maßnahmebeginn erhalten hat. Mit der Durchführung der Maßnahme konnte per 18.03.2016 begonnen und damit Aufträge ausgelöst werden. Die Prüfung des Fördermittelantrages ergab, dass 97 Prozent der eingereichten Summe als förderfähig anerkannt wurden. Die Submission Rohbau findet am 23.03.2016 statt, über das Ergebnis wird der Ausschuss informiert. Dann seien auch erste Aussagen über die Kostenentwicklung möglich, so **Herr Bekierz**, die bisherigen Ausschreibungen seien aber positiv gelaufen. Der Terminplan könne nach dem jetzigen Stand eingehalten werden.

Sporthalle Walter-Gropius-Gymnasium

Herr Bekierz, Amtsleiter Zentrales Gebäudemanagement, gab bekannt, dass der im Auftrag des Stadtrates eingereichte Fördermittelantrag nicht berücksichtigt worden ist. Die Sporthalle war einer von 1.000 beim Fördermittelträger eingegangenen Anträgen. Der Amtsleiter wies darauf hin, dass wie in den letzten Jahren leider kein entsprechendes Fördermittelprogramm für diese Maßnahme in Sicht ist. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, äußerte die Bitte, sich weiterhin für das Projekt einzusetzen und sicherte jegliche Unterstützung des Ausschusses zu, denn diese Maßnahme sei für die Entwicklung der Schule und des gesamten Quartiers notwendig.

Landesgartenschau

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte mit, dass ein Beirat die LAGA-Bewerbung begleiten wird. Er tagte am 23.03.2016 zum ersten Mal. Außerdem teilt **Frau Schlonski** mit, dass am Montag, den 04.04.2016 um 17:00 Uhr in der Marienkirche eine öffentliche Veranstaltung zum Thema LAGA stattfinden werde. Wichtig sei, die Bürgerinnen und Bürger auf diesen Prozess mitzunehmen und Fragen und Hinweise aufzunehmen, so die Beigeordnete. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, pflichtete bei, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung durch ein schlüssiges Gesamtkonzept und guter Kommunikation mit Verwaltung und Rat herzustellen sei und bat die Mitglieder des Ausschusses, wenn sie es zeitlich einrichten können, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Aktuelle Entwicklung STARK III

Herr Bekierz, Amtsleiter Zentrales Gebäudemanagement, gab bekannt, dass der Termin zur Antragstellung ein weiteres Mal verschoben wird, von Mai auf September. Große Maßnahmen, so der Amtsleiter, liefen damit Gefahr, nicht innerhalb des Förderzeitraumes beendet werden zu können.

Elballee

Frau Jung berichtete, dass sich das **Tiefbauamt** mit den bautechnischen Belangen auseinandergesetzt hat. Ein grundhafter Ausbau (Variante 1) der Fahrbahn, von Kornhaus bis Ebertallee, ergibt Kosten in Höhe von 4,5 Millionen Euro. Hierbei würden die Gehwege grundhaft miterneuert werden und der Fahrradweg auf die Straße verlegt. Wird nur die Fahrbahn teilweise erhalten und die Tragschicht wieder verwendet, beliefen sich die Kosten lediglich auf 2,8 Millionen EUR (Variante 2). Es wurden auch Überlegungen unternommen, so **Frau Jung**, bei der Fahrbahn nur die Deckenschicht zu erneuern. Der Kostenaufwand betrüge hier schätzungsweise 1,6 Millionen EUR (Variante 3). Bei Variante 3 wäre die Fahrbahn nur ca. 10 Jahre haltbar. Bei der Variante 2 läge eine Haltbarkeit laut Doppik bei 50 Jahren. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, sieht diese Maßnahme für das Bauhausjubiläum im Jahr 2019 als sehr wichtig an. **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, informiert hierbei, dass der Masterplan Bauhausstadt in der Klausurtagung am 10.03.2016 im Krötenhof durch die Ratssausschüsse diskutiert und so der Prozess in der Verwaltung angeschoben wurde.

Umgestaltung Kavalierstraße – Projektstatus

Herr Jähne, Projektsteuerer Bauhausmuseum/Kavalierstraße, erläuterte anhand eines Portfolios den aktuellen Stand.

Die Präsentation liegt als Anlage 4 bei.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, bedankte sich beim gesamten Dezernat für die Bemühungen der Zusammenstellung der hier aufgeführten Informationen.

6.5 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Hartmann, Fraktion der SPD, fragte an, ob bei dem geplanten Abriss der Klinkerhäuser Ecke Thomas-Müntzer-Straße/Eyserbeckstraße die Reliefs geborgen werden. **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, bejahte diese Frage mit dem Hinweis, dass die untere Denkmalschutzbehörde diesbezüglich mit dem Eigentümer in Kontakt steht.

Herr Schwabe, Fraktion der CDU, reichte Prüfaufträge bezüglich der Roßlauer Allee ein. Die große Fläche an der Roßlauer Allee am Beatclub sei unansehnlich und werde hauptsächlich zum Abstellen von LKWs genutzt. Diesem Missstand gelte es zu beheben (Nachnutzung und Abriss) und bei einer weiteren Nutzung als Parkfläche seien für die Fahrer Serviceeinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Der Eigentümer sei zu recherchieren. **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, berichtete, dass bereits Recherchen diesbezüglich laufen. Die Antwort wurde zugesichert.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, gab bekannt, dass seine Fraktion einen Beschlussantrag im Stadtrat zur Bildung des Arbeitskreises „Bauhausstadt Dessau-Roßlau“ einbringen wird. Die Entwicklung soll schneller vorangetrieben werden.

7 Beschlussfassungen

7.1 Lärmaktionsplan Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/051/2016/III-83

Herr Schönemann lobte die Qualität der Beschlussvorlage. Es gab keine Nachfragen.

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

7.2 Fortschreibung des Nahverkehrsplanes der Stadt Dessau-Roßlau für den Zeitraum 2016 bis 2026 Vorlage: BV/046/2016/III-66

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, gab eine kurze Zusammenfassung über den Inhalt der Beschlussvorlage. **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, fragte an, ob es eine Möglichkeit einer verkehrstechnischen Verbindung zwischen Wittenberg - Dessau - Wörlitz gibt, da in Wittenberg eine überregionale Anbindung besteht und von dort in einer Art „Sightseeing-Tour“ die Standorte verbunden werden könnten. **Herr Link vom Tiefbauamt** erläuterte, dass es dazu leider verschiedene Zuständigkeiten gibt. Es existiere aber bereits eine Verbindung mit einer Linie des Landkreises Wittenberg. Mit der Neuvergabe der dortigen Buslinien wurde eine neue Linie 304 geschaffen. Diese führt von Waldersee (Luisium) über Vockerode nach Wörlitz. Mindestens jede 2. Fahrt wird nach Wittenberg durchgebunden. Außerdem gibt es die Linie 216 mit der Umstiegsmöglichkeit in die Dessau-Wörlitzer Eisenbahn. Die DVV habe die Abfahrzeiten den Ankunftszeiten der Züge der DB angepasst, so **Herr Link**. Außen vor bleibe nur das Schloss Mosigkau, dort würde eine komplett neue Linie benötigt. **Herr Hartmann** regte an, dass eine besondere Gestaltung auf diese Verbindungen hinweisen sollte. **Herr Schönemann** wünschte einen Testbetrieb vor dem Jubiläum. **Herr Link** wird dies ansprechen.

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

- 7.3 Neufassung der "Satzung über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtungen der Stadt Dessau-Roßlau (Abwassersatzung)" und Neufassung der "Allgemeinen Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte der DESWA GmbH (ABE)"**
Vorlage: BV/056/2016/III-66

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte, dass alle Vorbehalte aufgehoben seien. **Herr Gebhardt, Fraktion der CDU**, bezieht sich auf § 4 - Ausschlusszwang und fragte an, was mit den bisherigen Ausnahmegenehmigungen vom Ausschlusszwang sei. **Herr Driegert, Tiefbauamt**, gab die Auskunft, dass die bestehenden Ausnahmegenehmigungen ihre Gültigkeit behalten und weiterhin Anträge auf Ausnahme vom Anschlusszwang gestellt werden können.

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

- 7.4 Aufstellung Bebauungsplan Nr. 219 "Luchplatz"/Billigungs- und Auslegungsbeschluss**
Vorlage: BV/025/2016/III-61

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, äußerte seine Bedenken, dass die Firma Rossmann den Standort Schillerplatz verlassen wird, wenn der Bebauungsplan „Luchplatz“ realisiert wird. Ihm lägen dazu Informationen vor. **Frau Müller, Ortsbürgermeisterin von Roßlau**, erwiderte, es handele sich beim Luchplatz nicht um ein neues Objekt, sondern nur um einen Neubau am gleichen Standort. Die Firma Rossmann hat zwar ihren Pachtvertrag für den Standort Schillerstraße lediglich auf 3 Jahre verlängert, aber viele andere Händler hätten dort ihre Geschäfte erst vor kurzem reno-

viert, so die Ortsbürgermeisterin. Dies seien Zeichen, dass der Standort nicht gefährdet sei. Dass Rossmann aus dem Standort Schillerplatz ausziehen will, sei lediglich ein Gerücht, so **Frau Müller**, es liegt keinerlei offizielle Information vor. Die Verkaufsfläche am Luchplatz wäre auch wesentlich kleiner, eine freiwillige Verkleinerung durch den Umzug wäre unrealistisch, da Drogeriemärkte heutzutage eine große Fläche benötigten. Der Ortsschaftsbeirat habe mehrheitlich für den Bebauungsplan votiert. Diesem Votum sei auch zu folgen, erklärt **Jörg Schwabe, Fraktion der CDU**.

Herr Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, äußerte grundsätzliche Bedenken bezüglich der Erhöhung der Verkaufsflächen und der beabsichtigten Belegung des Standortes Luchplatz. Im Gutachten zum Einzelhandel gibt es bei den ausgewiesenen Verkaufsflächen Verdrängungseffekte, vor allem im Drogeriesegment. Die Kaufkraft reiche nicht aus für beide Standorte. **Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, wies ergänzend darauf hin, dass im Zentrenkonzept bereits auf die Gefahr der Schädigung der Roßlauer Innenstadt hingewiesen werde. Es wird im Zentrenkonzept ausdrücklich ein Gutachten über eventuelle Verdrängungseffekte gefordert. Das Gutachten liege nun vor und schließe nicht aus, dass es zu Verdrängungseffekten kommt, dies könne man trotz aller Be-
teuerungen der Verwaltung und des Planers nicht ignorieren.

Frau Jahn, Amt für Stadtentwicklung und Geodienste, erklärte dass der Standort Luchplatz grundsätzlich städtebaulich sehr wichtig sei. Er sei das präsen-
te Willkommensschild für den Ortsteil Roßlau, wenn man aus Richtung Dessau ankommt. Deshalb sei der Luchplatz im Standortkonzept des Einzelhandels auch berücksichtigt worden und solle nun durch den vorliegenden Bebauungsplan ertüchtigt werden. **Frau Jahn** bat den Planer **Herrn Krmla**, um weitere Erklärungen. Dieser erklärte, dass die Gesamtverkaufsfläche des Standortes durch den Neubau nicht wesentlich steigt, sondern lediglich um 200 Quadratmeter. In den alten Gebäuden sollen hauptsächlich andere Nutzungen (Dienstleistungen, medizinische Versorgung) einziehen. Alle weiteren zukünftigen Einzelhandelsnutzungen müssen alle unter der Schwelle der Großflächigkeit von 800 m² liegen. Das Warensortiment von Drogerieartikeln wurde nach den Empfehlungen des Einzelhandelsgutachten auf 500 m² *Geschoßfläche* begrenzt. Er schätze aber ein, dass heutzutage 500m² *Verkaufsfläche* das Minimum für marktgängige Drogeriemärkte sei, so **Herr Krmla**. Eine Entwicklung könne man jedoch nie absehen, deshalb benötige der Bebauungsplan eine Flexibilität im Angebot. **Frau Jahn** stellte klar, dass das zum B-Plan gehörende Einzelhandelsgutachten eine zusätzliche Bruttogeschoßfläche (BGF) von 500 m² für das Sortiment Drogerie empfohlen hat und dies auch so im B-Plan festgesetzt wurde. Dies 500 m² BGF entsprächen nur knapp 400 m² Verkaufsfläche. **Herr Melchior** zitierte anschließend aus dem Gutachten, dass es selbst bei 350 m² Verkaufsfläche im Drogeriebereich noch zu einer „kritischen Verdrängung von 11 Prozent“ kommt. Das werde mit Sicherheit zu einer Schwächung des Rossmann-Standortes am Schillerplatz führen und sei kritisch zu bewerten. **Ausschussvorsitzender Schönemann** pflichtete **Herrn Melchior** bei: Man könne zwar nicht vorhersehen, was in Zukunft mit dem Schillerplatz passiert, doch eine aktive Schwächung durch eine Planung hervorzurufen, die zu einer absehbaren Entwicklung führen kann, könne er nicht mittragen.

Herr Melchior fragte nach der Begrenzung der Gesamtverkaufsfläche. **Herr Krmla** erklärte, dass es keine Gesamtbegrenzung im Bebauungsplan gibt, jedoch eine Begrenzung der einzelnen Sortimente. Eine absolute Begrenzung wäre auch nicht zulässig, dies ist nur für einzelne Sortimente möglich. **Herr Schönemann** erläuterte, die Sortimentsbegrenzung sei eine gute Stellschraube, den Umzug von Rossmann zu verhindern. Er habe aber Bedenken, ob die aktuelle Regelung hier ausreiche. **Frau Jahn** entgegnete, dass ein Umzug von 600 in 400 Quadratmeter Verkaufsfläche sich wirtschaftlich schwer darstellen ließe. Die zusätzliche Schwächung des Schillerplatz-Standortes durch einen anderen Anbieter am Luchplatz sei deswegen aber nicht ausgeschlossen, merkte **Herr Melchior** an.

Herr Krmla stimmte zu, dass es grundsätzlich möglich sei, die Sortimentsgröße für das Drogeriesortiment noch zu verkleinern, es dürfe aber nicht willkürlich sein. Eine politische Entscheidung der Begrenzung sei nötig. In der Höhe kann das Gutachten als Grundlage dienen,

man kann sich aber auch aus verschiedenen Gründen für andere Begrenzungen entscheiden. Er gab zusätzlich den Hinweis, dass aber in der Sortimentsliste des Bebauungsplanes nicht gefordert werden kann, Drogerieartikel nur in Kombination mit einem Vollsortimenter anzubieten. **Herr Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, schlug vor, da nach dem vorliegenden Gutachten die Verdrängung bei 350 Quadratmeter Verkaufsfläche kritisch sei, diese auf 250 Quadratmeter zu begrenzen. Es herrschte generelle Zustimmung. **Frau Jahn** schlug vor, diese Änderung für den Stadtrat kenntlich zu machen. Dies könne ein Beiblatt oder ein Austauschblatt sein.

Die Beschlussempfehlung wurde geändert bestätigt.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, bat um das Handzeichen, wer mit der Begrenzung auf 250 Quadratmetern Verkaufsfläche für Drogerieartikel im Bebauungsplan einverstanden sei.

Abstimmungsergebnis: 8 : 0 : 0

Danach bat **Herr Schönemann**, das Votum für geänderten Gesamtbeschluss zu geben.

Abstimmungsergebnis: 8 : 0 : 0

7.5 Bebauungsplan Nr. 221 "Ersatzneubau Schwimmhalle" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/030/2016/III-61

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke, fragte an, ob nicht Ausgleichsmaßnahmen auch innerstädtisch vorgenommen werden können. **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, erklärte, dass innerstädtische Flächen geprüft worden. Diese sind aber für die Größe der Maßnahmen nicht geeignet. **Herr Pätzold** und **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, äußerten den Wunsch im Ausschuss anhand von Beispielen einen Bericht zu Ausgleichsflächen und deren Wertigkeit zu geben. Dies wird in einer der nächsten Sitzungen gemacht, bestätigte **Beigeordnete Frau Schlonski**.

Herr Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, stellte die Nachfrage, ob die Bushaltebuchten gleichzeitig vom Schulbus und vom normalen Busverkehr genutzt werden können und ob die Busse eine Linienführung durch das Wohngebiet haben können. **Frau Jahn** antwortete, dass 2 Buchten hintereinander vorgesehen sein und die angesprochene Linienführung lediglich untersucht wurde, aber nicht geplant sei.

Es wurden keine weiteren Fragen geäußert.

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 8 : 0 : 0

7.6 Bewerbung zum Projektauftrag 2016 "Nationale Projekte des Städtebaus"
Vorlage: BV/063/2016/III-65

Herr Bekierz, Amtsleiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement erläuterte, dass der Beschluss nur gefasst werden muss, da die Zustimmung des Stadtrates in den Wettbewerbsbedingungen gefordert sei. Zum Stadtrat sollen dann die vollständigen Bewerbungsunterlagen der Vorlage beiliegen.

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

10 Schließung der Sitzung

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 02.06.16

Ralf Schönemann

Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Schriftführer